
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
28.05.2024**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:24 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stadtrat Puttkammer, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, eröffnet die Sitzung, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Puttkammer teilt mit, dass die Tagesordnung in mehreren TOP geändert werden musste. Grund dafür ist zum einen die enge Beratungsfolge und zum anderen geändert gefasste Beschlüsse, deren Einarbeitung in Session sich mit dem Versand der Sitzungsunterlagen überschneiden hat. Aufgrund der Vielzahl von Änderungen wurde allen Ausschussmitgliedern zu Beginn der Sitzung die neue geänderte Tagesordnung vorgelegt. Diese ist als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt.

Herr Kaßner fragt, warum der Durchführungsvertrag zur Ausrichtung der BUGA nicht im öffentlichen Teil behandelt wird.

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass es sich hier um Vertragsbestandteile handelt, die schützenswerte Interessen und Markenrechte beinhalten. Demzufolge ist eine Behandlung im nicht öffentlichen Teil erforderlich. Das Knowhow der BUGA-Gesellschaft ist gleichwohl zu schützen und zu wahren. Verträge werden grundsätzlich im nicht öffentlichen Teil besprochen.

Frau Stadträtin Perl rügt die Verwaltung hinsichtlich der nicht form- und fristgerechten Ladung.

Frau Perl beantragt den TOP 7.1 Raumprogramm für den Ersatzneubau der Förderschule für Geistigbehinderte „Regenbogenschule“ (BV/063/2024/IV-40) in einer Sondersitzung zu beraten.

Herr Puttkammer schlägt als möglichen Sitzungstermin den 11.06.2024 vor und stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4-1-0

Damit ist der Änderungsantrag so angenommen.

Die geänderte Tagesordnung gemäß der Anlage 1 zum Protokoll wird zur Abstimmung gestellt.

Die Tagesordnung wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5-0-0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.04.2024

Der Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift vom 16.04.2024 zur Abstimmung. Es liegen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge der Ausschussmitglieder vor.

Die Niederschrift vom 16.04.2024 wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 4-1-0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Es liegen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

5 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerin erläutert, dass der Oberbürgermeister auf die Frage in der letzten Stadtratssitzung „Wird der Krötenhof verkauft?“ geantwortet hat, dass es keine derar-

tigen Beschlüsse gibt. Eine weitere Nachfrage, ob denn die Stadtverwaltung solche Optionen überhaupt in Betracht zieht oder derzeit darüber nachdenkt, blieb unbeantwortet. Die Einwohnerin hat den öffentlichen Sitzungsunterlagen entnommen, dass der bauliche Unterhalt für den Krötenhof gestrichen werden soll. Aus diesem Grund richtet sie noch einmal die Frage ganz konkret an die Verwaltung „Soll der Krötenhof verkauft werden?“. Wenn das Gebäude veräußert wird, könnte der Verkaufserlös der BUGA oder anderen Projekten wie z. Bsp. der gesunden Ernährung zu Gute kommen.

Herr Kuras informiert, dass es derzeit keine Beschlusslage gibt, die die Aufgabe des Krötenhofes zum Gegenstand hat. Eine solche Entscheidung trifft der Stadtrat. Im Rahmen des TOP 6.3 wird lediglich über eine Strukturänderung informiert. Im Zuge der Erarbeitung eines Haushaltskonsolidierungsvorschlages sind weitere Überlegungen notwendig, aber auch diese Entscheidung trifft der Stadtrat, nicht die Verwaltung.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Stadträtin Perl teilt mit, dass sie über Personalprobleme im Franztreff informiert worden ist und erfragt, ob die Verwaltung hiervon Kenntnis hat. Hintergrund sind die Planungsunsicherheiten bei den freien Trägern u. a. wegen der Haushaltssperre.

Frau Paesold führt aus, dass die geänderten Bescheide, die für eine weitere Finanzierung notwendig sind, wie verabredet im April versandt worden sind. Von den möglichen personellen Herausforderungen hat sie Kenntnis erlangt und schlägt vor, Herrn Krause, Geschäftsführer DRK, das Wort zu geben.

Herr Krause informiert, dass eine Mitarbeiterin aus Eigeninitiative den Arbeitgeber gewechselt hat. Er erläutert das allgemeine Procedere und dass das finanzielle Risiko, welches sich durch eine halbjährliche Bewilligung ergibt, bei dem DRK, also dem Träger liegt. Folglich kann der Träger Mitarbeitenden auch nur sachgrundbefristete Verträge für 6 Monate anbieten. Für die Entscheidung der Mitarbeiter hat er vollstes Verständnis. Die Rahmenbedingungen sind für Mitarbeitende nicht attraktiv.

Frau Grabner bedauert diesen Zustand sehr. Sie mahnt, dass die Haushaltssperre nicht pauschal über den gesamten sozialen Bereich wirken kann. Sie bittet, dass die Verwaltung hier entsprechend handelt und etwas vorlegt, wie zukünftig in solchen

Fällen verfahren werden soll. Nicht nur die freien Träger sind betroffen. Ein weiteres Beispiel ist die Schulsozialarbeit.

Frau Stadträtin Grabner erfragt, ob die Arbeitsverträge für die Honorarkräfte der Musikschule bereits ausgefertigt sind?

Herr Kuras führt aus, dass die Arbeitsverträge derzeit noch nicht final ausgearbeitet sind. Eine intensive Zusammenarbeit mit dem Haupt- und Personalamt findet statt. Gleichwohl gibt Herr Kuras bekannt, dass die Sach- und Rechtslage eine große Herausforderung für die Stadt Dessau-Roßlau ist. Es wurden 28 Einzelgespräche geführt, deren Inhalte mit dem Haupt- und Personalamt besprochen worden sind. Der nächste Termin mit dem Oberbürgermeister findet in dieser Woche statt um eine Lösung zu finalisieren. Der Oberbürgermeister signalisierte bereits, dass trotz Haushaltssperre, Haushaltskonsolidierung und dem Verbot, neue Stellen zu schaffen, eine Lösung im Interesse der Musikschule gefunden wird.

6.2 Sachstandsinformation über die Umsetzung des Digitalpaktes Schule im Förderzeitraum 2019-2024

Herr Bleek führt anhand einer Power-Point-Präsentation (wurde bereits mit den Sitzungsunterlagen im Vorfeld ausgereicht) zur Umsetzung des Digitalpaktes Schule im Förderzeitraum 2019-2024 aus.

Herr Kuras formuliert ergänzend eine Bitte an die Landes- und Bundespolitik. Der Digitalpakt sollte unbedingt fortgeschrieben werden, damit die bisherigen Investitionen und angeschaffte Hardware auch zukünftig genutzt werden können, d. h. eine regelmäßige Aktualisierung erfolgt und die Programme auch künftig zur Verfügung stehen und von den Schulen genutzt werden können.

6.3 Information über die strukturelle Zuordnung der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau sowie von Personalstellen der soziokulturellen Einrichtung "Krötenhof" vom Amt für Kultur zum Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum (BBFZ) des Amtes für Bildung und Schulentwicklung

Herr Kuras informiert, dass der Oberbürgermeister eine interne Strukturänderung zum 01.06.2024 verfügt hat. Die Einrichtung Stadtbibliothek Dessau-Roßlau (Haupt- und Nebenstelle) sowie vier Personalstellen aus dem Krötenhof werden dem Bürger-

, Bildungs- und Freizeitzentrum innerhalb des Amtes für Bildung und Schulentwicklung zugeordnet.

Ziel ist es, diese Einrichtungen als Bildungseinrichtungen zu schärfen. In den Einrichtungen gibt es deckungsgleiche Nutzer und ähnliche Angebotsinhalte, wodurch Synergien entstehen können.

Zwei Mitarbeitende des Krötenhofs verbleiben im Kulturamt.

6.4 Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 - Durchführungsbeschluss **Vorlage: BV/100/2024/III**

Herr Ausschussvorsitzende Puttkammer informiert, dass die Beschlussvorlage zur Ausrichtung der BUGA (Durchführungsbeschluss) nur zur Information und nicht zur Abstimmung auf der Tagesordnung steht.

Frau Bürgermeisterin Lohde führt anhand einer Power-Point-Präsentation zur Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 (Durchführungsbeschluss) aus. Die Präsentation wurde mit den Sitzungsunterlagen im Vorfeld ausgereicht.

Herr Kaßner merkt an, dass die Ausgaben, die BUGA-relevant sind, auch dargestellt werden müssen, insbesondere auch im Investitionshaushalt. Weiterhin bittet er darum, dass nicht an der Organisationsstruktur der Verwaltung gespart wird. Denn bereits jetzt fehlen viele Fachkräfte, zum Beispiel 11 Mitarbeiter im Tiefbauamt. Die Verwaltung muss arbeitsfähig sein.

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass die Steuerung der Investitionen im Rahmen der Haushaltsplanung 2025 diskutiert und diese auch entsprechend abgebildet werden.

Herr Horváth führt zur Organisationsstruktur aus, dass z. Bsp. die geplanten Ausgaben für den Krötenhof (150.000 EUR gemäß der Anlage) in diesem Jahr nicht abfließen, aber das Thema nicht ad acta gelegt wurde.

Frau Perl hinterfragt den Punkt der Bestattungskosten. Wie soll hier gespart werden? Es handelt sich um Pflichtaufgaben. Einer Vorlage, die bei Schulen und der Hilfe zum Lebensunterhalt einsparen will, kann sie nicht zustimmen.

Herr Puttkammer äußert sich und nimmt zur Kenntnis, dass die BUGA bereits jetzt an freiwilligen Leistungen zu sparen beginnt. Aber im Bereich der übertragenen Aufgaben wird es kritisch.

Frau Grabner möchte wissen, wie die Verwaltung die Einsparmöglichkeiten im schulischen Unterhalt und dem Krötenhof ermittelt hat? Liegt es daran, dass im letzten Jahr keine Mittel abgerufen worden sind?

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert, dass sich die Positionen angeschaut wurden, die am umfangreichsten waren und bei denen unterjährig noch zusätzliche Mittel nachjustiert werden musste. Die Verwaltung hat geprüft, ob 10 % Einsparung möglich sind. Für den Krötenhof wurde bspw. mit Fördermitteln gerechnet, die nicht bewilligt wurden.

Frau Perl äußert ihr Unverständnis über die extremen Einsparungen im sozialen Bereich und der Bildung.

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.5 Bericht des Integrationskoordinators

Herr Altmann informiert über die Vorbereitung des Fachtages „Finden und Binden“, welcher am 12.09.2024 von 09-12 Uhr stattfindet. Zuwanderung und Attraktivität sind wichtige Bausteine um den demographischen Wandel entgegenzuwirken. Die anzusprechende Zielgruppe sind Unternehmen sowie das Thema Fachkräftegewinnung und -sicherung. Vorab erfolgte eine Befragung der Unternehmen bzgl. der Ausgestaltung. Das Integrationsbüro arbeitet mit lokalen und überregionalen Partnern, darunter auch ABH (Ausländerbehörde) Dessau, zusammen.

Eine wichtige Schnittstelle für die Arbeitsmarktintegration ist die Ausländerbehörde. Es gab vor kurzem eine kleine Anfrage im Landtag zur Arbeit der Ausländerbehörden in Sachsen-Anhalt. Trotz der höchsten Fallzahlen und hohen Belastung erzielt die ABH der Stadt Dessau-Roßlau sehr gute Ergebnisse der Prozesse und ist zudem ein sehr guter Partner im Integrationsnetzwerk. Dahingehend erfolgt auch die Bitte an Politik und Verwaltung mit Blick einer leistungsfähigen ABH, die zügig Aufenthaltstitel und Möglichkeiten der Zuwanderung für unsere Stadt umsetzen kann, personell entsprechend zu stärken. Auch aufgrund unseres Hochschulstandortes, des Arbeitsmarktes und des demografischen Wandels kann Zuwanderung nur dahingehend gelingen.

Weiterhin führt Herr Altmann zu den Ergebnissen aus der Kooperationsvereinbarung „Dessau-Roßlau lebt Weltoffenheit und Vielfalt“ aus. Es wurden Kooperationen mit dem UBA und der Hochschule zur Öffnung der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Personalamt und dem GbA geschlossen. Zwei Personalfrühstücke haben in diesem Rahmen bereits stattgefunden. Ein neues Planspiel für Auszubildende sowie Vertiefungsmodule (Vielfaltsparcours und Stammtischparolen) werden derzeit erarbeitet. Weiterhin befindet sich der Azubivielfaltsparcours und die nächste Weiterbildungsreihe in Vorbereitung. Darüber hinaus wurde die Stadt Dessau-Roßlau für den Deutschen Demografiepreis nominiert.

Das Integrationsbüro lädt zu folgender Veranstaltung ein:

Tafel der Begegnung am 07.06.24 ab 15 Uhr - einem Begegnungsprojekt mit zahlreichen Partnern Ecke Naumannstraße aus Vereinen, Unternehmen und Religionsgemeinschaften, bei dem Zusammenhalt und Begegnung gefördert wird.

6.6 Informationen des Seniorenbeauftragten

Herr Wolfram informiert, dass von über 80.000 Einwohner ca. 25.600 Menschen in Dessau-Roßlau über 65 Jahre alt sind. Dadurch besteht ein ständiger Bedarf, welchen der ehrenamtliche Seniorenbeauftragte nur punktuell bedienen kann. Hier erfährt er große Unterstützung durch den Seniorenbeirat und die Stadtverwaltung, die ihm aus dem Sozialdezernat heraus bis hin zum Fachamt zur Seite steht.

Weiterhin berichtet er über verschiedene Einzelfälle, denen er sich in den letzten Wochen gewidmet hat. Herr Wolfram macht noch einmal deutlich, welche Fragen, Ängste, Nöte und Bedarfe die Senioren an ihn herantragen. Oft sind es die ganz kleinen und alltäglichen Dinge, die die Senioren verunsichern oder in welchen sie Unterstützung suchen.

Als letzten Punkt spricht Herr Wolfram die Neuwahl des Behindertenbeirates an und erläutert das Verfahren sowie die bereits beginnende Vorbereitung und Planung der diesjährigen Seniorenwoche und gibt einen Ausblick auf die verschiedenen Veranstaltungen innerhalb dieser.

7 Beschlussfassungen

- 7.1 Raumprogramm für den Ersatzneubau der Förderschule für Geistigbehinderte "Regenbogenschule" am Standort Bernburger Straße 28-30, 06842 Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/063/2024/IV-40

Gemäß beschlossenen Antrag zur Änderung der Tagesordnung wird dieser TOP in einer gesonderten Sitzung am 11.06.2024 beraten.

- 7.2 Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII – Kosten der Unterkunft**
Vorlage: BV/112/2024/IV-50

Herr Hühn (FUB IGES) führt anhand einer Power-Point-Präsentation zur Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen zu den §§ 22 SGB II und 35 SGB XII aus. Die Präsentation wurde mit den Sitzungsunterlagen im Vorfeld ausgereicht.

Frau Paesold informiert ergänzend zu den finanziellen Auswirkungen anhand einer Folie. Diese ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Frau Grabner möchte wissen, wieviel zu entscheidende Einzelfälle pro Jahr auftreten?

Frau Paesold wird konkrete Zahlen nachreichen. Es handelt sich aber um wenige Einzelfälle im zweistelligen Bereich.

Frau Perl sieht auf dem Wohnungsmarkt keinen angemessenen Wohnraum für Senioren, wenn diese eine Wohnung mit einem Aufzug suchen. Sie informiert, dass ein pauschaler Aufschlag für Senioren in Höhe von 15 % angedacht ist und dieser Vorschlag vorbereitet wird. Sie bezweifelt auch, dass der Heizkostenspiegel das absolute Maß der Prüfung ist. Vielmehr sind Heizkosten in Objekten mit viel Leerstand anders zu beurteilen und zu übernehmen, als pauschal nach Heizkostenspiegel.

Überdies möchte Frau Perl wissen, weshalb das Amt 20 bei der Beschlussvorlage nicht beteiligt worden ist, und das Sozialamt eine Stellungnahme dazu erarbeitet hat.

Frau Paesold erläutert, dass das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Gewährung von weiteren Zuschüssen zur Miete bereits im Rahmen der Antragstellung geprüft werden. Fachliche Hinweise werden für die Prüfung entsprechend herangezogen. Beispielhaft wird zusätzlicher Raumbedarf aufgrund einer Gehbehinderung und der Umzugsvermeidungszuschlag genannt. Die Beurteilung erfolgt nicht ausschließlich nur nach den Kriterien des Miet- und Heizspiegels. Es werden immer alle Gesamtumstände des Einzelfalls betrachtet.

Bezüglich der Stellungnahme und Nichtbeteiligung des Amtes 20 kann Frau Paesold keine Aussage treffen. Sie wird den Sachverhalt intern prüfen.

Herr Puttkammer stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5-0-0

7.3 Hort der Freien Waldorfschule Dessau **Vorlage: BV/319/2023/IV-51**

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden gibt es keinen Einführungsbedarf. Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 5-0-0

10 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit her, schließt die Sitzung um 18:24 Uhr und verabschiedet die Ausschussmitglieder.

Dessau-Roßlau, 09.09.24

Michael Puttkammer
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit, Bildung und
Soziales

Schriftführer